Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 134. Mittwoch den 13. Juni. 1849.

Berlin, den 12. Juni. Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen ist nach der Rhein-Provinz abgereist. — Der Chef der Preußischen Bank, Hansemann, ist nach Karlsbad abgereist.

Deutschland.

Berlin, den 9. Juni. Großes Aufsehen erregt ein heute hierselbst im Appellationsverfahren nach langstündigen Verhandlungen gegen den Buchdrucker Fähndrich gefälltes Erkenntniß, wodurch derselbe wegen des im vorigen Sommer bewirkten Druckes eines s. g. republikanischen Catechismus zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt ward. Derselbe war in erster Instanz noch nach altem Verfahren freigesprochen, hiergegen jedoch vom Staatsanwalt die Appellation eingelegt und in zweiter Instanz wie bemerkt erkannt worden, da der Appellationsrichter annahm, daß dem Angeklagten der Inhalt bekannt gewesen und er sich hierdurch des versuchten Hochverraths schuldig gemacht. Es kommen indeß mehrere sehr zweifelhafte Rechtsfragen in diesem Falle in Betracht und da dem Verurtheilten noch die Revision zusteht, so ist es möglich, daß sich darin sein schweres Schicksal mildert.

— Die politischen Gefangenen sind erst gestern Abend nach der Hausvoigtei übergesiedelt, dort aber jetzt höchst bequem und fast elegant eingerichtet worden.

— In Folge der gestern durch den General Wrangel verfügten Feststellung eines letzten Termins zur Ablieferung der königlichen Waffen, sind zwar nur sehr wenig abgeliefert worden, desto mehr wurden jedoch in der Nacht von den Konstablern auf der Straße liegend aufgefunden, so daß dieselben in einigen Gegenden die ganze Nacht mit Einsammeln beschäftigt waren. Auch im Thiergarten wurden heute Morgen Infanteriesäbel und Hirschfänger aufgefunden, so daß die Ausbeute im Ganzen eine sehr ergiebige zu sein scheint.

— Heute Morgen wurde in der Krautsgasse in der Wohnung eines Tischlergesellen Thielemann eine Falschmünzerei entdeckt, in welcher Zwei-Thalerstücke fabrizirt worden waren. Es wurde ein nicht unbedeutender Vorrath von dieser falschen Münzsorte vorgefunden. Der Tischlergeselle hatte schon seit längerer Zeit durch ein ungewöhnliches luxuriöses Leben die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft und der Behörden auf sich gezogen, ohne daß man der Sache auf den Grund kommen konnte. Die Veranlassung zur Entdeckung soll jetzt ganz zufällig durch ein Kind gegeben worden sein.

— Gestern bemerkte man zum ersten Male in den Straßen Soldaten mit ganz schwarzen Helmen. Die Messingbeschläge derselben waren bis zur äußersten Spitze mit einem schwarzen Lack überzogen. Man erinnerte sich hierbei der schon vor Monaten durch die Zeitungen gemachten Mittheilung, daß es dem Ermessen der kommandirenden Generale anheimgestellt sein sollte, eine solche Abänderung mit den Helmen der Soldaten zu treffen, nachdem sich im Dänischen Kriege herausgestellt hatte, daß der schimmernde Kopfputz dem Feinde bei Ueberfällen ꝛc. zum gefährlichen Wahrzeichen diene.

§§ Berlin, den 9. Juni. Die Betheiligung der Lehrerwelt außerhalb ihrer amtlichen Thätigkeit ist zwar frei gegeben, indeß scheint es doch, als ob solche Betheiligung von Seite der Behörden, nicht gern gesehen werde. Wie man neulich in Frankreich klagte, daß die überwiegende Mehrzahl der Lehrer gegen die Regierung Opposition mache, so erheben sich hier ähnliche Klagen und man sucht darum, mit Strenge dem entgegen zu treten. So ist der bei dem hiesigen Joachimsthalschen Gymnasium angestellte Lehrer Adjunkt Benst jetzt suspendirt worden. Er hatte bekanntlich in dem Feuilleton der Nationalzeitung den Aufsatz: „Der alte Marwede" drucken lassen, durch welchen sich mehrere adlige Familien des Havellandes gekränkt fühlten. In Folge dessen war Benst zum Zweikampf gefordert, er hatte denselben abgelehnt, das Alles war durch die hiesigen Zeitungen gegangen, man leitete eine Disciplinaruntersuchung gegen ihn ein, deren Ergebniß war, daß Benst seines Amtes zu entheben sei, da unter den gegebenen Verhältnissen er bei seinen Schülern nicht auf die gehörige Autorität und Achtung rechnen, seine amtliche Thätigkeit also nicht die angemessenen Früchte bringen könne.

R Berlin, den 10. Juni. Es gewinnt immer mehr Wahrscheinlichkeit, daß das neue Wahlgesetz die davon erwarteten günstigen Folgen nicht allgemein haben wird. Die Nachricht, daß die gemäßigte, besonnene Partei Grabow, die sich immer innerhalb der Grenzen des Gesetzes gehalten hat und in der zweiten Kammer eine so wesentliche Stütze der Rechten gewesen ist, daß diese Partei sich der Wahl enthalten wird, hat sich bestätigt. Grabow selbst hat sich ganz entschieden in dieser Beziehung ausgesprochen. Es kann dieß nicht ohne Einfluß bleiben auf das Verfahren der verschiedenen demokratischen Parteien, so fern unter denselben eine Einigkeit zu Stande kommt. Die hiesigen Demokraten waren längere Zeit schwankend, ob es gerathener sei, sich bei der Wahl zu betheiligen oder nicht. Grundsätzlich sind sie natürlich alle für die Nichtbetheiligung, indeß haben sich die meisten dahin ausgesprochen, man dürfe nur eines starren Festhaltens am Prinzipe willen nicht in unpraktischer und unpolitischer Weise augenscheinliche Vortheile von der Hand weisen, müsse vielmehr durch die Lage der Dinge sich bestimmen lassen. Um ein einmüthiges Verfahren in der Gesammtheit der demokratischen Parteien zu ermöglichen, soll morgen (Montag den 11. Juni) eine Versammlung in Köthen stattfinden, wo man sich über gemeinsame Maßregeln zu verständigen hofft. Heute über acht Tage, am 17. Juni, soll darauf eine ähnliche Versammlung in Frankfurt a. O. stattfinden.

Von der jütischen Grenze, den 7. Juni. (D. R.) Am heutigen Tage war das Bombardement auf die Festung Friedericia am heftigsten seit der ganzen Belagerung; mit weniger Unterbrechung dröhnte das beiderseitige Geschütz den ganzen Tag, gegen Abend etwa um 5 Uhr fand auch wieder eine Infanterie-Attaqne statt, die jedoch nicht so bedeutend als die am 3. und 5. d. war, doch insofern von großem Verlust für uns, als, nachdem der Feind wieder zurückgedrängt worden, was um 6 Uhr Nachmittags bewerkstelligt war, eine halbe Stunde später der Oberst v. St. Paul, jetzt Kommandeur der 1. Brigade, von einer Kanonenkugel zerschmettert niedersank; es ist dieses ein herber Verlust für unsere junge Armee, und der dritte höhere Offizier, welcher vor Friedericia fällt.

In einigen Tagen werden wohl die Laufgräben fertig sein, um Bresche daraus eröffnen zu können, und alsdann dürfte die Festung nicht mehr lange zu halten sein, denn die Hälfte derselben liegt schon in Trümmern; nach dem letzten Bericht von Fühnen, der bis zum 6. Morgens reicht, waren 58 Häuser gänzlich niedergebrannt und 128 zum großen Theil beschädigt.

Im Alsener Sund haben sich wieder zahlreiche Schiffe gesammelt, worunter 1 Fregatte von 42 Kanonen, welche dicht vor Sonderburg liegt, und das Linienschiff Skiold an der östlichen Küste der Halbinsel Broacken, welches für die nächsten Tage auf einen neuen Angriff der Dänen auf die Schanzen von Düppel schließen läßt; es ist die größte Aufmerksamkeit den diesseitigen Vorposten befohlen und die Artillerie hat Befehl, nach dem dritten Schuß der Feinde, das Feuer mit aller Kraft zu eröffnen.

Rinkenis, den 6. Juni. Unsere unfreiwillige Waffenruhe hat heute eine unfreiwillige Unterbrechung erlitten. Die diesseitigen Pioniere bei Düppel beschäftigten sich seit einigen Tagen damit, gegen den Dänischen Brückenkopf Laufgräben zu eröffnen. Die Dänen wollten ihre Unzufriedenheit damit zu erkennen geben, und feuerten erst mit Kleingewehrfeuer auf die Vorposten und Pioniere, dann mit Kanonen nach einer der Schanzen auf der Düppeler Höhe. Der Zufall wollte, daß der erste Schuß den zur Observation auf der Schanze angestellten Schiffer Petersen traf und denselben tödtete. Unsere Artilleristen geriethen darüber in Eifer, und obgleich sie Ordre hatten, sich alles Schießens zu enthalten, bis sie durch drei Kanonenschüsse der Dänen dazu provocirt würden, so entspann sich doch alsbald eine Kanonade auf der ganzen Linie, welche von beiden Seiten noch immer sehr lebhaft unterhalten wird; bis jetzt, Nachmittags 2 Uhr, sind 40 Verwundete, größtentheils Braunschweiger und Nassauer, im Hospital zu Gravenstein angemeldet, auch von mehreren Todten ist die Rede.

Abends 9 Uhr. Erst seit einer halben Stunde schweigt die Kanonade. Mehrere Höfe müssen abgebrannt sein, da an drei verschiedenen Stellen starke Brandsäulen beobachtet werden konnten. Am Nachmittage debouchirten die Dänen in Bataillonscolonnen aus dem Brückenkopf, aber die 84pfündigen Kartätschen der Kronwerksbatterie räumten fürchterlich unter ihnen auf. Die Colonnen wurden aufgerollt, und warfen sich in großer Eile und Unordnung zurück in den Brückenkopf. Die acht mitengagirten Kanonenbote mußten aus dem Bereich unserer Kanonen, zum Theil stark beschädigt, weichen. Auch das jetzt als Dänische Caserne dienende alte Schloß in Sonderburg, in welchem sich die Familienbegräbnisse des Herzogl. Hauses Augustenburg befinden, erhielt eine Menge Kugeln.

Arolsen, den 3. Juni. (Frankf. J.) Das neue Staatsgrundgesetz vom 28. Mai ist publizirt. Es erklärt die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont für einen durch ein und dieselbe Verfassung vereinigten Staat, welcher Bestandtheil des Deutschen Reichs ist. Die Grundrechte des Deutschen Volks sind in das Grundgesetz mit aufgenommen. Die Zahl der Abgeordneten zum Landtage, welche jedesmal auf zwei Jahre gewählt werden, ist 12 für Waldeck und Pyrmont. Die besonderen Angelegenheiten für jedes der beiden Fürstenthümer werden von den Abgeordneten jedes derselben allein berathen. Der Landtag tritt jährlich im Oktober zusammen. Beigegeben ist dem Staatsgrundgesetz die Vereinbarung der Fürstin-Regentin mit dem konstituirenden Landtage wegen der Domainen und der Civilliste (die letztere ist bis zum Regierungsantritt des minderjährigen Fürsten Georg Victor auf 60,000 Rthlr. jährlich festgesetzt), so wie das Wahlgesetz.

Dresden, den 8. Juni. Gestern wurde der derzeitige Vorsteher der hiesigen Stadverordneten, Dr. Seidenschnur, verhaftet. Der erste Vorsteher (Blöde) ist es bekanntlich schon längst.

— In Chemnitz ist am 6. Juni die Communalgarde aufgelöst worden. Da aber das Bestehen eines bewaffneten Corps aus gutgesinnten Ortsbewohnern von unverkennbarer Wichtigkeit ist, soll die Errichtung einer freiwilligen Schutzwehr unter gewissen Garantieen erfolgen.

Darmstadt, den 6. Juni. Vorgestern kam ein bewaffneter Trupp über die Grenze und holte den Bürgermeister Münch aus Birnheim, wie man sagte, als Repressalie für den von unserem Militair aus Weinheim gefänglich abgeführten Civilkommissär Huerter, welcher inzwischen im Hauptquartier zu Bensheim freigelassen worden war; Münch wurde gleicherweise in Mannheim freigegeben. In Weinheim wurde gestern Postmeister Hübsch arretirt, weil er neulich mit einigen unserer Offiziere gesprochen und Erfrischungen an sie verabreicht; er fand indessen Gelegenheit zu entfliehen, und kam hier an. Gegen Abend hatte sich eine Freischaar vor das Birkenauer Thal gelagert und Boten nach Birkenau gesendet, von wo sie den Revierförster Bernhard und den Steuereinnehmer Bernthäusel ausgeliefert haben, widrigenfalls dieselben abholen wollte; die beiden Beamten entfernten sich aus dem Orte. — Heute Morgen gegen 7 Uhr wollte man in Heppenheim Geschützdonner gehört haben und combinirte, daß eine von Fürth nach dem Birkenauer Thal dirigirte Kolonne Mecklenburger vielleicht Gelegenheit gefunden haben dürfte, die letzterwähnten Freischaaren zu bekämpfen.

Darmstadt, den 6. Juni, Nachts 11 Uhr. Heute traf die Nachricht ein, daß die Badischen Insurgenten, trotz der mehrfach erhaltenen Lektion, einen neuen Angriff in großen Massen beabsichtigten und zu dem Ende schon wieder in zahlreichen Haufen sich Weinheim genähert hätten. Das zweite Bataillon des 1. Infanterie-Regiments ging deshalb schon heute Nachmittag mit der Eisenbahn nach der Bergstraße ab. Das erste Bataillon dieses Regiments kehrte heute Morgen mit Artillerie aus dem Odenwalde hieher zurück. — So eben zieht eine Abtheilung Mecklenburgischer Reiterei mit Geschütz unter meinem Fenster vorbei nach dem Bahnhofe. Die Infanterie wird nachfolgen. Es sind dieselben Truppen, welche vorgestern hier durch nach dem Odenwalde marschirten. Wie man hört, werden diese Nacht noch 2000 Mann durch die Eisenbahn nach der Bergstraße gebracht. Da General v. Schäffer schon 13 Bataillone mit Geschütz und Reiterei dort hat, nämlich 7 Bataillone Hessen, 2 Bataillone Würtemberger, 2 Bataillone Nassauer, 1 Bataillon Kurhessen und 1 Bataillon Mecklenburger, also morgen dort ein Corps von 12—14 Mann vereinigt sein wird, so sieht man mit Ruhe den Ereignissen entgegen.

München, den 6. Juni. Im weiteren Verlauf seiner Rede in der heutigen Kammersitzung erklärte der Minister v. d. Pfordten, daß Baiern unverrückt an der gegenwärtigen provisorischen Centralgewalt so lange festhalte, als deren Macht eine ausreichende zum Schutz der Ordnung und Ruhe in Deutschland sei; sie sei aber vor der Hand noch ausreichend und ein besonderes Schutz- und Trutzbündniß gegenwärtig kein Bedürfniß; sollte aber die jetzige Centralgewalt zum Schutze Deutschlands nicht ausreichen, in ihren Maßnahmen auf unüberwindliche Hindernisse stoßen, so werde Baiern bereit sein, zur Errichtung einer andern aber ebenfalls provisorischen Centralgewalt gern seine Hand zu bieten. — Bei dem Hasse, der hier gegen Preußen besteht, hat die Regierung mit Verwerfung der Preußischen Verfassung — denn was sind die Ausstellungen anders — den vollen Dank aller Parteien geerntet. Die Bestrafung aber dafür wird sich durch die tiefe Unterwühlung des ganzen südwestlichen Bodens von selbst rächen. Preußen kann nichts besseres thun, als Alles mögliche aufbieten, um im Innern vollkommen stark zu werden; das andere werden die Ereignisse bringen. Unsere freiwillige Anleihe von 7 Millionen hat erst $4\frac{1}{2}$ Millionen eingetragen, obgleich nun die Sache seit Jahr und Tag geht. v. d. Pfordten wird selbst nach Berlin reisen, um den Protest Baierns zu hinterbringen und die Unmöglichkeit des Preußischen Prinzipats dort zu doziren.

Stuttgart, den 6. Juni. In der Abendsitzung der Reichs-Versammlung verkündigte nach vollbrachter Wahl der Regentschaft der Präsident Löwe das Resultat mit folgenden Worten: Dieser wichtige Wahlakt ist vollendet. Ich fordere das Deutsche Volk auf, den Befehlen der provisorischen Regentschaft sich unbedingt zu unterwerfen, damit endlich die Freiheit wieder hergestellt werde. Die Mitglieder der provisorischen Regentschaft mögen sich konstituiren! Hr. Raveaux betritt im Namen seiner Kollegen die Tribüne: Wir verkennen nicht, daß, indem Sie uns die höchste Ehre erwiesen, Sie uns auch große Lasten auferlegt. Im Vertrauen auf Ihre Unterstützung, ergreifen wir muthig die Zügel der Regierung, damit endlich das lange Versprochene eine Wahrheit werde. Wenn uns auch momentan die Kräfte nicht gegeben sind, die sich anderen Regierungen so bereitwillig bieten, so werden wir doch, wenn Sie uns nicht verlassen, siegen. Der Kern (?) der Deutschen Nation hängt immer noch an uns, er ist uns eine kräftige Stütze. (Anhaltendes Bravo und Beifallklatschen.)

Der Präsident kündigt die nächste Sitzung auf den 8ten an; die Tages-Ordnung ist die Wahl des Vice-Präsidenten und die Berathung der Berichte des Dreißigerausschusses.

Die Theilnahme des Publikums an den Berathungen und den Schicksalen der Reichsversammlung ist eine äußerst geringe. Während man sich bei den Sitzungen unserer Kammer wegen der Anerkennung der Reichsverfassung um Plätze schlug, kann man jetzt mit größter Bequemlichkeit sich solche verschaffen. Nirgend ist ein Jubel über das Weilen dieser Männer unter uns; man begegnet nur bangen Gesprächen über die unheilvollen Folgen, die uns das Hierherverlegen der Versammlung bringen könnte. Die Regierung schüttelt bedenklich den Kopf und Römer enthielt sich mit seinen Gesinnungsgenossen beharrlich der Abstimmung.

So eben erfahre ich, daß Römer in Folge der gefaßten Beschlüsse entschlossen sei, auszutreten, womit die Anerkennung dieses kleinen Bruchstückes der Reichsversammlung von Seiten unserer Regierung aufhörte. (D. Ztg.)

Stuttgart, den 7. Juni, 3 Uhr Nachmittags. Das Präsidium der Ständekammer hat so eben dem Präsidenten der National-Versammlung angezeigt, daß der Ständesaal zu ferneren Sitzungen der National-Versammlung vorläufig nicht mehr geöffnet werde.

— Die gestern in der Nationalversammlung eingebrachten Anträge von Schoder und Umbscheiden in Betreff der Zustände Badens und der Pfalz sind vom Dreißiger-Ausschuß, dem die Versammlung sie überwies, bereits heute in Berathung gezogen worden. Der Ausschuß wird, wie man hört, darauf antragen, Baden (wie früher die Pfalz) unter den Reichsschutz zu stellen und eine Waffenruhe zu erwirken, die dann zur Herbeiführung eines gütlichen Abkommens benutzt werden soll. Wie dies zu bewerkstelligen, ist freilich schwer einzusehen, zumal wenn die von Frankfurt einlaufende Nachricht von dem Rücktritt des Badischen konstitutionellen Ministeriums und dem Beitritt des Großherzogs zum Preußischen Sonderbündniß sich bestätigen sollte. Der Dreißiger-Ausschuß wird übrigens erst heute Abend definitive Beschsüsse fassen. Die auf morgen anberaumte Sitzung der National-Versammlung findet nicht statt; die nächste Sitzung soll besonders angesagt werden. — In der neuen Regentschaft haben Raveaux und Becker das Kriegswesen, Vogt die auswärtigen Angelegenheiten, Simon und Schüler Finanzen, Justiz und das Innere übernommen. Das Präsidium führt provisorisch Raveaux.

Mainz, den 8. Juni, Mittags. So eben erfahren wir aus zuverlässiger Quelle: 1) Das Hauptquartier der Fürsten-Armee ist nach Darmstadt zurück verlegt; 2) Weinheim ist von den Badersern stark besetzt; 3) die Badischen Vorposten stehen in Heppenheim; 4) der Verkehr auf der Eisenbahn zwischen Frankfurt und Darmstadt, der gestern gänzlich unterbrochen war, ist heute theilweise, d. h. für amtliche oder protegirte Civillisten, wieder frei gegeben. — Darmstadt soll auch vom Hessischen Odenwalde bedroht, und Freischaaren sollen bis auf zwei Stunden von der Residenz vorgedrungen sein

Kaiserslautern, den 6 Juni. Die lithographirte Correspondenz der pfälzer provisorischen Regierung meldet Folgendes: Vor einigen Tagen brachte Oberstlieutenant Anneke die von der provisorischen Regierung der Rheinpfalz in Baden angekaufte Batterie von acht Geschützen nebst Munitionswagen, Feldschmiede ꝛc. unter dem Jubel der Bevölkerung hierher. Leider hatte unterwegs ein Fuhrknecht wegen grober Widersetzlichkeit niedergeschossen werden müssen. Das renitente Gebahren des Gemeinderaths zu Speyer machte eine Expedition dahin nöthig. Erwähnter Gemeinderath hatte es sich beikommen lassen, in einer am 1. Juni abgehaltenen Sitzung zu beschließen: „daß der Vollzug der von der provisorischen Regierung bis jetzt erlassenen Gesetze bis zu der Bestätigung einer noch zu berufenden Volksvertretung zu sistiren sei.“ Diesen Act 'offener Rebellion konnte die provisorische Regierung unmöglich dulden, und da selbst der Civilkommissar Chilhard in Speyer von der dortigen Reaction eingeschüchtert zu sein schien, so sandte sie die Bürger Eckhardt (pfälzischer Abgeordneter in der baierischen zweiten Kammer) und Dr. D'Ester (preußischer Flüchtling) als Specialkommissare hin. Diese reisten am 3. Juni ab. Ihnen folgten die Bürgerwehr von Kaiserslautern, die Mobilgarde von St.-Lambrecht und ein Theil der Mobilgarde von Neustadt nebst zwei Kanonen aus Kaiserslautern. Das Commando führte der Generalstabsmajor Beust. Unvermuthet rückten die Mannschaften in Speyer ein und besetzten sofort die Thore, die Brücke und den Platz vor dem Rathhause. Die Specialcommissare aber, nachdem sie sich mit dem Civilkommissar verständigt hatten, begaben sich mit Letzterm auf das Rathhaus, wo der Gemeinderath versammelt war und das Gschehene als ein „Mißverständniß“ darzustellen suchte. Doch diese Ausrede half ihm nichts. Der Gemeinderath wurde aufgelöst und die Neuwahl auf den 4. Juni anberaumt, wo sie auch stattfand. Eine Proklamation, unterzeichnet von Eckhardt und D'Ester, unterrichtete das größere Publikum von dem Vorgange. Das rasche energische Einschreiten der provisorischen Regierung, der Renitenz einiger unverbesserlichen Aristokraten gegenüber, machte übrigens unter dem Volke zu Speyer den besten Eindruck. Auch zeigte sich zwischen der eingerückten Volkswehr und den Bürgerwehrmännern von Speyer das herzlichste Einverständniß. Am 5. Juni kehrten die Expeditionstruppen mit klingendem Spiele hierher zurück. In Zweibrücken, wo sich in den höheren Kreisen, und namentlich im Cantonalvertheidigungsausschusse, ebenfalls der Geist der Renitenz auf eine bedauerliche Weise offenbarte, half sich der gesunde Volkssinn selbst. Am 5. Juni wurde daselbst eine Volksversammlung abgehalten, wobei die Leute mit Dreschflegeln und Mistgabeln erschienen. Das Resultat der Versammlung war, daß der Cantonalvertheidigungsausschuß sich auflösen mußte. Am folgenden Tage schritt man zur Neuwahl, die auf demokratisch gesinnte Männer fiel. Ein Advokat Golz hatte sich vor der Wuth des Volks flüchten müssen. Ueberhaupt scheinen die Volksversammlungen etwas Schreckenerregendes für die Reaction zu haben. Die Sachsen, welche im Landescommissariatsbezirke Kirchheimbolanden mehre dergleichen veranstalteten, haben durch die bloße Ankündigung derselben reactionäre Pfarrer und Beamte zur Flucht veranlaßt.

Karlsruhe, den 7. Juni. Die heutige „Karlsruher Zeitung“ enthält in ihrem amtlichen Theile eine Erwiderung der provisorischen Regierung an den „Club des entschiedenen Fortschrittes“, der wir folgende Stellen entnehmen:

Mit Freuden vernehmen wir den Wunsch der Wehrmänner, in den Kampf geführt zu werden. Dieser Kampf ist seit gestern an der Hessischen Grenze wieder entsponnen; die ganze Neckar-Armee wird vorrücken, und zur Unterstützung derselben werden daher die bereitesten hiesigen Streitkräfte abmarschiren; ein Theil davon wird nach Rheinbaiern zur Unterstützung der dortigen Operation gehen. Ueber die Anordnung dieser Maßregeln haben wir dem Stadtkommandanten Reininger die nöthigen Befehle gegeben. An die Stelle der Bürger Fickler und Siegel haben wir gestern schon die Bürger Thibaut und Raveaux provisorisch als Mitglieder unserer Regierung ernannt. Was in Herbeischaffung der Geldmittel bis jetzt möglich war, ist geschehen. Ein Gesetzentwurf über ein Zwangs-Anleihen bei den Reichen ist vorbereitet, und wird der constituirenden Versammlung vorgelegt werden. Der General Mieroslawski wurde schon vor 14 Tagen zum Ober-Kommandanten der Badischen und Pfälzischen Streitkräfte von uns ernannt. Wir haben ihm zur Hieherreise mit einigen andern Stabsoffizieren die nöthigen Geldmittel nach Paris geschickt. Wegen der Verhaftung unseres Mitbürgers Fickler haben wir sogleich an das Würtemberger Volk den energischsten Aufruf erlassen, wir haben ferner den Abgeordneten Raveaux nach Stuttgart gesandt, um zur Befreiung Fickler's alle möglichen Schritte zu thun, insbesondere der Würtembergischen Regierung zu erklären, daß wir die Verhaftung Fickler's für eine Kriegserklärung ansehen und danach handeln werden. — Ferner heißt es in dieser Erwiderung, daß zum energischen Einschreiten gegen die Festungen Landau und Germersheim dem Ober-Kommandanten die nöthige Weisung gegeben werden wird. Uebrigens verstehe es sich von selbst, daß die provisorische Regierung in ihrer politischen Wirksamkeit keinen andern Standpunkt haben werde, als den des Europäischen Völkerkampfes; vor Allem aber müsse Baden das Panier der Freiheit und Einheit Deutschlands vorantragen. (Für diese Freiheit und Einheit wird sich Deutschland wohl bedanken!)

Dieser Club hat sich am 6. Juni in Karlsruhe constituirt, gewiß nicht zur Freude der provisorischen Regierung, denn er macht alle Anstalt, sich selbst zur Regierung aufzuwerfen und durch ein Club-Regiment die bestehende Regierung zu beherrschen. Für seine Richtung ist beweisend, daß zum ersten Vorsitzenden Bürger Struve, zum zweiten Vorsitzenden Bürger Tzschirner, zum Schriftführer Bürger Martiny gewählt ist: Bürger Tzschirner entwickelte gleich Anfangs, wie die gegenwärtige provisorische Regierung von Baden die Revolution nicht in dem Sinne zu begreifen und zu leiten scheine, als die Gefahr des Vaterlandes es erfordere. Herr Oppenheim, Redakteur des amtlichen Organs dieser provisorischen Regierung, ist zugleich, als Vertreter der Presse, in den Ausschuß des neuen Clubs gewählt. In allen Hauptstädten des Landes sollen Zweigvereine errichtet werden. Das Programm des Clubs ist in seinen Forderungen an die Regierung enthalten. Die Regierung soll eine erhöhte revolutionaire Thatkraft entwickeln, die Ministerien und das Heer von allen „reaktionären Subjekten“ reinigen und diese Subjekte „unschädlich machen“, auch radicale Civil-Commissare einsetzen, diese ermächtigen, das Martialgesetz zu verkünden, und ihnen gesinnungstüchtige Executionstruppen beigeben ꝛc.

Oesterreich.

Wien, den 8. Juni. Von Hradisch vernehmen wir den folgenden merkwürdigen Fall. Dem amtirenden Kreiscommissär dieser Stadt wird eine aus Mattigkeit gefallene Brieftaube überbracht, um deren Hals ein versiegelter Brief hängt. Anstatt der Adresse befindet sich auf demselben ein Aufruf an die slavische Bevölkerung, mit den Magyaren gemeinschaftliche Sache zu machen. Den Inhalt des versiegelten Briefes haben wir noch nicht erfahren.

— Minister v. Bruck, vernehmen wir, hatte eine Conferenz mit der aus Venedig an ihn gesandten Deputation. Dieselbe sprach von Unterwerfung auf Bedingungen, unter Anderem wollte die Stadt Venedig mit einem gewissen Gebiete wie Triest behandelt sein, und ein eigenes Kronland bilden. Wir hören, daß Herr von Bruck auf diese Bedingungen nicht eingegangen sei und sich nach Verona begeben habe.

Skalic, den 30. Mai. Merkwürdig ist das Commando der slowakischen Freischaaren. Die ganze Handhabung der Waffe und der Bewegungen sind verschieden schnell und für den Feind schwierig vorauszusehen, denn es werden weder Trommeln noch Trompeten gebraucht; nur Pfeifchen geben das Signal. So bedeutet ein einmaliges Pfeifen: Habt acht! ein zweimaliges: Richt Euch! ein dreimaliges signalisirt, daß die feindliche Kavallerie sich nähert u. s. w. Unsere Uniform wird nach dem früheren Muster in leichten Fracks, hellgrauen Pantalons, slowakischen Hüten mit schwarz-gelber Binde, auf welcher die slowakische Kokarde angebracht sein wird, bestehen.

Triest, den 4. Juni. Was bisher keine politische Einwirkung von der Ferne oder in der Nähe zu Stande bringen konnte, nämlich die Aufregung der untern Volksklassen, und die Bedrohung der Ruhe und Ordnung, kommt nunmehr als leidige Folge unserer unseligen Geldverhältnisse zum Vorschein. Die ohne erklärbare hinreichende Ursache in rascher Progression fortschreitende Entwerthung der Banknoten, das entsprechende Steigen des Aufgeldes auf Silbermünze, ja selbst auf Scheidemünze jeder Art, veranlaßt nicht nur eine ausgedehnte Beunruhigung der Gemüther, sondern macht auch den kleinen Marktverkehr, und insbesondere die gewohnte tägliche Befriedigung der Bedürfnisse der mindern Volksklasse — abgesehen von der Vertheuerung derselben — geradezu unmöglich, da die Gewerbsleute das Agio der Scheidemünze zur Ausgleichung der kleinen Zahlungen nicht erschwingen können. Durch diese Bedrängnisse ließ sich heute die zahlreiche Klasse der Facchini zu einer Demonstration verleiten, durch Arbeitsverweigerung, Zusammenrottung, Aufzüge durch die Gassen u. dergl., entweder einen höhern Lohn oder Bezahlung in Silbermünze zu erzielen.

Angesichts der energischen Maßregeln der Behörden, dürfte zwar keine eigentliche gewaltsame Störung der Ordnung zu befürchten sein; allein diese Maßregeln, und daß zur augenblicklichen Beruhigung erlassene Verbot der Agiotage mit Scheidemünze, sowie die Ausfuhr derselben in größeren Beträgen, sind nicht im Stande, das Uebel zu heben, oder auch nur merklich zu mildern.

Das Uebel ist groß und allgemein, nur nach den Umständen eines oder andern Ortes mehr oder minder empfindlich, aber immerhin der Art, daß eine gründliche Abhülfe die volle Sorge der Staatsverwaltung in Anspruch nehmen muß. (Lloyd.)

Triest, den 5. Juni. Unsere Stadt erfreut sich heute der vollkommensten Ruhe. Geschäfte nehmen ihren gewöhnlichen Gang, und die Arbeiter haben der Stimme der Vernunft bereitwilligst Gehör gegeben. Daß übrigens den lärmenden Demonstrationen von gestern durchaus kein politisches Motiv zu Grunde lag, erhellt am besten aus dem Umstande, daß selbst aus den aufgeregtesten Volkshaufen sich fortwährend Stimmen vernehmen ließen, welche riefen: „Viva l'Austria!“ oder auch: „Bianca e rosa é la nostra bandiera!“ (Es lebe Oesterreich! — Weiß und roth ist unsere Farbe!“

— Um eine weitere Stockung im Geldverkehr zu verhindern, hat das Gubernium im Einvernehmen mit dem Militär-Commando bestimmt, daß Privatpersonen die Ausfuhr der Kupfer- und Silbermünzen bis zum Betrage von vier Gulden C. M. außer dem Grenzgebiete der Stadt untersagt ist. Die Post-, Zoll- und Hafenämter haben besonders ein wachsames Auge darauf zu richten. Der auf Agio abgesehene Handel mit diesen Münzen ist verboten. Dawiderhandelnde sollen, nebst dem Verluste der erhandelten Summe, eine Geldbuße von 25 bis hundert Gulden C. M. tragen, oder mit fünf- bis fünfzehntägigem Arrest bestraft werden. Dem Denuncianten wird, da die Anzeige das öffentliche Wohl berücksichtigt, nebst der Verschweigung seines Namens die Hälfte der Geldbuße zugesichert.

Frankreich.

Paris, den 7. Juni. Gestern besuchte der Unterrichtsminister sämmtliche Collegien von Paris, um sich zu überzeugen, daß die, um diese Anstalten vor dem Einflusse der Cholera zu bewahren, angeordneten Gesundheits-Maßregeln getroffen worden seien. Auf Anrathen der ihn begleitenden Aerzte entschied er, daß für jetzt keinem der Zöglinge auszugehen erlaubt werden soll. — Nach dem „Peuple“ wurde Proudhon vorgestern verhaftet, aber nicht bei seiner Ankunft mit der Nordbahn, sondern als er sein Hotel verließ. Er war schon seit länger als acht Tagen hier, um einige persönliche Angelegenheiten zu ordnen und wollte gestern nach der Schweiz abreisen, wo Freunde ihm ein Asyl angeboten hatten. Er ward vorgestern Abend nach der Conciergerie gebracht, wo er die Nacht hindurch blieb. Gestern führte man ihn nach seiner Wohnung, wo ihm gestattet ward, einige Papiere mitzunehmen. Um $4\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags ward er auf Befehl des General-Procurators aus der Conciergerie nach Ste. Pelagie gebracht. — Statt Commissaire's, der als doppelt gewählt für Niederrhein sich entschied, wollten die Lyoner Rothen und Socialisten einen anderen Unteroffizier wählen, und zwar einen Sergeanten vom Genie, der für einen Mann von ausgezeichneten Fähigkeiten gilt. Vor drei Tagen sandten sie ihm eine Deputation, um ihm ihre Stimmen anzubieten. Es scheint aber, daß sie sich gänzlich in ihm geirrt hatten, denn er soll der Deputation folgende Antwort ertheilt haben: „Bürger! Euer Anerbieten schmeichelt mir keineswegs. Ich weiß, daß Ihr aus mir ein Werkzeug machen möchtet, das Euren Leidenschaften und Euren monströsen Entwürfen dienen soll. Euer Zweck ist, vor Allem und zuerst die Bande der Mannszucht zu zerreißen und die Armee zu desorganisiren, um desto leichter die Einrichtungen und die Autorität zu vernichten, welche aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangen sind. Ihr habt einen sonderbaren Mißgriff begangen, wenn Ihr darauf rechnetet, daß ich Euch bei diesem strafbaren Unternehmen beistehen würde. Ich bin Soldat und die Befehle meines Chefs werden stets in mir einen ergebenen und unbeugsamen Diener finden. Ich bin überdies nicht sehr begierig, meinen Sitz neben den Unteroffizieren zu nehmen, welche Eure Partei in die gesetzgebende Versammlung gesandt hat. Dort ist nicht unser Platz. Unsere Erziehung und der Unterricht, den wir genossen, sind nicht der Art, uns zu Gesetzgebern zu machen. Ich bin nicht der Mann für Euch, Bürger, Ihr müßt Euch anderswohin wenden. Ich hoffe nur, daß Ihr nicht noch mehr Einfaltspinsel oder Mitschuldige in der Armee finden werdet. Wir haben Eurer Lehren und wahnsinnigen Entwürfe schon genug gehabt.“

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung verlas der Präsident zuerst einen Brief Ledru-Rollin's, der wegen Unpäßlichkeit um Verschiebung der Interpellation auf Montag bittet. Manguin, der auch über die auswärtige Politik Fragen stellen wollte, widersetzte sich dem Aufschube und Savoye erklärte sich bereit, falls der Aufschub nicht genehmigt werde, die Fragen an das Ministerium zu richten. Nachdem die Versammlung entschieden hatte, daß die Interpellationen erst am Montage Statt finden sollten, begehrte Em. Arago das Wort für eine wichtige Thatsache über Italien und sagte. „Ich erfahre zuverlässig aus Rom, daß unser Bevollmächtigter mit der Römischen Regierung eine Uebereinkunft abgeschlossen hat, welche dieser Versammlung zur Ratifikation vorgelegt und jedenfalls einen vierzehntägigen Waffenstillstand zur Folge haben sollte. Unsere Regierung aber hat den Befehl geschickt, Rom anzugreifen. Man wußte dies im Lager; unser Bevollmächtigter protestirte dagegen und schloß einen Waffenstillstand. Ich frage nun, ob die Regierung abermals den Angriff befohlen hat; dies wäre Schande und Verrath.“ Der Minister des Aeußern, Tocqueville, weigerte sich, auf die Debatte einzugehen, weil die Fragen bis Montag vertagt seien. Th. Bac verlangte zu wissen, ob es wahr sei, daß General Oudinot die Vollmacht des Hrn. Lesseps nicht anerkannt, den abgeschlossenen Vertrag verletzt und daß die Regierung ihm Befehle in demselben Sinne zugeschickt habe? Odilon Barrot: „Es ist nicht wahr, daß die Regierung einen in den Instruktionen des Hrn. Lesseps begründeten Vertrag verworfen hat. (Ironisches Lachen.) Die Regierung hat das Recht, eine ihren Instruktionen förmlich zuwiderlaufende Handlung nicht anzunehmen.“ (Aufsehen.) Napoleon Bonaparte wollte die Regierung über die Zurückberufung des Hrn. Lesseps interpelliren, die Versammlung enschied aber dagegen; die Linke allein erhob sich für Napoleon Bonaparte. Dieser versuchte hartnäckig, zu Worte zu kommen; die Rechte verhinderte ihn daran durch den heftigsten Lärm. Die allgemeine Discussion wurde auf Montag verschoben und zur Fortsetzung der Prüfung der Wahlen geschritten. Bernard kündigte Interpellationen wegen Versetzung eines als Socialist geltenden Unteroffiziers nach Algerien an. Odilon Barrot rügte bei diesem Anlasse den Mißbrauch der Interpellationen. General Baraguay d'Hilliers sprach im Interesse der Disciplin gegen Bernard's Absicht. Bei allen Abstimmungen, selbst über die geringfügigsten Gegenstände, sind die Rechte und die Linke streng geschieden; beide stimmen jetzt wie Ein Mann. Man glaubt jedoch, daß dies bei der Römischen Frage anders werden könnte. Da für morgen nichts auf der Tagesordnung steht, so findet die nächste Sitzung erst übermorgen Statt.

— Die an die gesetzgebende Versammlung gerichtete Botschaft des Präsidenten, die gestern Abend $5\frac{1}{2}$ Uhr in die Hände Dupin's gelangte, also zu spät, um noch veröffentlicht zu werden, ist heute erschienen. In der Einleitung sagt der Präsident: „Meine Wahl zur

ersten obrigkeitlichen Würde der Republik gab zu Hoffnungen Anlaß, die noch nicht alle erfüllt werden konnten. Bei dem bloßen Worte Amnestie hatte sich die öffentliche Meinung in verschiedenem Sinne geregt, man befürchtete neue Ruhestörungen; dennoch habe ich überall Nachsicht geübt, wo es ohne üble Folgen geschehen konnte; 1570 Juni-Transportirten sind die Gfängnisse geöffnet worden, und bald werden noch Andere die Freiheit erhalten, ohne daß die Gesellschaft etwas zu fürchten hätte. Was diejenigen betrifft, welche in Folge von kriegsgerichtlichen Entscheidungen sich in den Bagno's befinden, so sollen einige unter ihnen, die den politischen Eingesperrten gleichgestellt werden können, in politische Gefangenhäuser übergesiedelt werden." Beim Kapitel der Finanzen bedauert zwar der Präsident den Verlust der 100 Millionen Franken Branntwein- und Weinsteuer, aber er dringt nicht, wie einige Blätter irrthümlich vorher behauptet hatten, auf Wiederherstellung derselben, sondern sagt nur: „Die Herabsetzung der Salzsteuer und des Briefporto's verursacht dem Staatsschatz einen Ausfall von 180 Millionen. Eine andere wichtige Thatsache hat diese Lage noch verschlimmert: Die Steuer auf Getränke, deren jährlicher Ertrag 100 Millionen übersteigt, verlangte allerdings ermäßigt und auf eine dem Zeitgeiste entsprechendere Weise eingezogen zu werden. Ein Amendement zum Budget für 1849 hat sie aber vom 1. Januar 1850 ganz abgeschafft und ihre Wiedereinführung untersagt. Es ist also unerläßlich, das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe herzustellen. Dieser Zustand unserer Finanzen verdient in ernste Betrachtung genommen zu werden." Hierauf folgen Erklärungen über die Bürgerwehr, Mobilgarde, Armee, den Ackerbau und Handel, die öffentlichen Arbeiten und andere innere Angelegenheiten. Die auswärtige Politik betreffend, heißt es in der Botschaft: „Es liegt in dem Schicksale Frankreichs, die Welt zu erschüttern, wenn es sich rührt, und sie zu beruhigen, wenn es sich mäßigt. Darum macht uns auch Europa für seine Ruhe wie für seine Aufregung verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit legt uns große Pflichten auf, sie beherrscht unsere Lage. Von der Ostsee bis zum Mittelmeere machte sich der Rückschlag unserer Februar-Revolution fühlbar; aber die Männer, die vor mir an der Spitze der Geschäfte standen, wollten Frankreich nicht in einen Krieg stürzen, dessen Ende sich nicht absehen ließ. Sie hatten Recht. Der Zustand der Civilisation in Europa erlaubt nicht, daß man sein Vaterland den Zufällen einer allgemeinen Kollision überliefere, wenigstens so lange nicht, als man nicht in offenbarer Weise das Recht und die Nothwendigkeit für sich hat. Ein untergeordnetes Interesse, ein mehr oder weniger spezieller Grund politischen Einflusses genügen dazu nicht. Tritt eine Nation, wie die unsrige, in einen kolossalen Kampf, so muß sie entweder die Größe des Erfolges oder die Größe ihrer Niederlage rechtfertigen können. Als ich an die Staatsmacht gelangte, bewegten sich große Fragen auf verschiedenen Punkten Europa's, „jenseits des Rheines und jenseits der Alpen." Die Botschaft geht nun in eine detaillirte Darstellung der Ereignisse in Italien ein. Von Rom sagt der Präsident: „Am 30. April erschienen 6000 unserer Soldaten unter den Mauern Rom's. Sie wurden mit Flintenschüssen empfangen. Durch eine List herbeigelockt, geriethen sogar einige von ihnen in Gefangenschaft. Wir müssen Alle das an jenem traurigen Tage vergossene Blut beseufzen. Dieser unerwartete Kampf, ohne etwas an dem Entzweck unserer Unterwerfung zu ändern, hat unsere wohlthuenden Intentionen paralysirt und die Anstrengungen unserer Unterhändler vergeblich gemacht." Von Rußland sagt Bonaparte nur, daß es die Französische Republik anerkannt habe. In Bezug auf Deutschland heißt es: Im Norden Deutschlands hatte der Aufstand die Unabhängigkeit eines Staates, eines der ältesten und treuesten Freunde Frankreichs, gefährdet. Dänemark hatte die Bevölkerungen der Herzogthümer Holstein und Schleswig sich gegen dasselbe empören sehen, wiewohl sie die Souveränetät des jetzt regierenden Fürsten anerkennen. Die Deutsche Central-Regierung glaubte, die Einverleibung Schleswigs in den Bund beschließen zu müssen, weil ein großer Theil des Volkes Deuschen Stammes sei. Diese Maßregel ist der Grund eines erbitterten Krieges geworden: England hat seine Vermittelung angeboten, die angenommen wurde. Frankreich, Rußland und Schweden haben sich geneigt bewiesen, Dänemark zu unterstützen. Mehrmonatliche Unterhandlungen führten zu dem Endresultat, daß Schleswig unter der Souverainetät des Königs von Dänemark einen besonderen Staat bilden solle. Aber bei Annahme dieses Grundsatzes konnte man sich nicht über die daraus zu ziehenden Folgen verständigen, und die Feindseligkeiten begannen von neuem. Die Bemühungen der obengenannten Mächte sind in diesem Augenblick auf den Abschluß eines neuen Waffenstillstandes, als Vorläufer für eine definitive Ausgleichung, gerichtet. Das übrige Deutschland wird durch ernste Erschütterungen aufgeregt. Die Bemühungen der Frankfurter Versammlung für die Deutsche Einheit haben Widerstand bei mehreren der verbündeten Staaten gefunden und einen Konflikt herbeigeführt, der sich unseren Grenzen nähert und daher unsere Wachsamkeit erheischt. Der Oesterreichische Kaiserstaat, der in einen furchtbaren Kampf mit Ungarn verwickelt ist, hat sich für berechtigt gehalten, die Hülfe Rußlands anzurufen. Die Intervention dieser Macht, der Marsch ihrer Armee nach dem Westen könnten nicht anders als in hohem Grade die Sorgsamkeit der Regierung erregen, welche bereits diplomatische Noten darüber gewechselt hat. So giebt es in Europa überall Gründe zu Kollisionen, welche wir zu beschwichtigen gesucht haben, indem wir jedoch dabei unsere ganze Unabhängigkeit in unserer Handlungsweise und unserem eigenen Charakter bewährten. In allen diesen Fragen sind wir stets im Einverständniß mit England gewesen, welches uns eine Mitwirkung angeboten hat, die für uns schätzenswerth sein muß." Der Präsident wendet sich schließlich an den Patriotismus der Versammlung und zählt auf ihre Unterstützung bei Erfüllung seiner Pflicht.

Locales 2c.

Posen, den 12. Juni. Die neueste Nummer des Amtsblatts enthält nachstehende Bekanntmachung der Königl. Regierung über die Eintheilung der Wahlbezirke im Posener Regierungsbezirk.

In Gemäßheit des §. 3. der Allerhöchsten Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer vom 30. Mai c. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wir in dem Regierungsbezirk Posen folgende Wahlbezirke gebildet haben: Erster Wahlbezirk. Derselbe besteht aus dem Kreise Wreschen und den zu reorganisirenden Theilen der Kreise Schrimm, Schroda und Kosten. In demselben sind zwei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius haben wir den Landrath v. Schmidt zu Schroda ernannt und zum Wahlorte die Stadt Schroda bestimmt. — Zweiter Wahlbezirk. Derselbe bildet sich aus den zu reorganisirenden Theilen der Kreise Pleschen, Kröben, Krotoschin, Adelnau und Schildberg. In demselben sind drei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius ist der Landrath v. Suchodolski zu Pleschen ernannt und die Stadt Pleschen zum Wahlorte bestimmt — Dritter Wahlbezirk. Derselbe besteht aus dem Kreise Obornik, dem nicht zu reorganisirenden Theile des Kreises Schroda, der Stadt Posen und dem Kreise Posen, jedoch mit Ausschluß der Stadt und des Polizeidistrikts Stenszewo und des Polizeidistrikts Komornik. In demselben sind drei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius ist der Regierungs-Rath v. Tieschowitz zu Posen bestimmt. — Vierter Wahlbezirk. Zu demselben gehören der Kreis Samter und der Kreis Buk, mit Ausschluß des Polizei-Distrikts und der Stadt Neu-Tomysl. In demselben sind zwei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius ist der Landrath v. Haza zu Samter ernannt und zum Wahlorte die Stadt Neustadt bei Pinne bestimmt. — Fünfter Wahlbezirk. Derselbe besteht aus den nicht zu reorganisirenden Theilen der Kreise Schrimm, Schroda, Kosten und Pleschen und aus dem Polizeidistrikte und der Stadt Stenszewo und dem Polizeibezirke Komornik, Posener Kreises. In demselben sind zwei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius ist der Landrathsamts-Verweser v. Madai zu Kosten ernannt und zum Wahlorte die Stadt Kosten bestimmt. — Sechster Wahlbezirk. Derselbe besteht aus den Kreisen Bomst, Birnbaum und Meseritz nnd dem Polizeidistrikte und der Stadt Neu-Tomysl, Buker Kreises. In demselben sind drei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius ist der Landrathsamts-Verweser Freiherr Hiller v. Gärtringen zu Betsche ernannt und zum Wahlorte die Stadt Meseritz bestimmt. — Siebenter Wahlbezirk. Derselbe besteht aus dem Kreise Fraustadt, dem nicht zu reorganisirenden Theile des Kreises Kröben und aus folgenden Theilen des nicht zu reorganisirenden Theiles des Kreises Krotoschin: der Städte Krotoschin, Zduny, Kobylin und des Polizeidistrikts Kobylin. In demselben sind drei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius ist der Landrathsamts-Verweser Regierungs-Assessor Schopis zu Rawicz ernannt und zum Wahlorte die Stadt Rawicz bestimmt. — Achter Wahlbezirk. Derselbe besteht aus den nicht zu reorganisirenden Theilen der Kreise Adelnau, Schildberg und Pleschen und aus den Theilen des nicht zu reorganisirenden Theiles des Kreises Krotoschin, welche nicht zum siebenten Wahlbezirke gehören. In demselben sind zwei Abgeordnete zu wählen, zum Wahlkommissarius ist der Landradt v. Röder zu Ostrowo ernannt und zum Wahlorte die Stadt Ostrowo bestimmt.

Das neue Wahlgesetz.

(Eine populäre Betrachtung.)

Nach dem alten Wahlgesetz war die Wahl eine indirekte: die Deputirten wurden von Wahlmännern, und diese von stimmberechtigten Urwählern gewählt; alle Urwähler waren gleichmäßig stimmberechtigt. Das diesem Wahlmodus zu Grunde liegende Princip ist vielfach angegriffen worden und man hat die aus demselben hervorgegangenen Wahlen für nicht genügend erklärt, weil der wirkliche Volkswille dadurch nicht zum Ausdruck gelange. Die Regierung hat daher ein anderes Wahlsystem adoptirt, wobei zwar die indirekte Wahl festgehalten, aber von dem Grundsatze ausgegangen ist, daß derjenige mehr Rechte haben müsse, der mehr Pflichten erfüllt. Wir wollen dies Prinzip als richtig anerkennen; dann aber müßten konsequenterweise alle Steuerpflichtigen im Gesammtstaate, sofern eine Dreitheilung beliebt wird, in drei Kategorieen, nach Maßgabe der gezahlten Steuern, eingetheilt und von jeder Kategorie ein Drittheil der sämmtlichen zu wählenden Deputirten gewählt werden. So soll es aber nicht sein, sondern jeder Wahlkreis soll als ein für sich abgeschlossenes Ganzes angesehen werden, in welchem die Urwähler, je nach ihrer Theilnahme an dem Steuerquantum dieses Wahlkreises, in Kategorien zerfallen. Dies ist die erste angreifbare Stelle des neuen Gesetzes, denn die Wahlkreise bilden keine abgeschlossene Ganze für sich, sondern stehen mit den übrigen Theilen der Monarchie im engsten Zusammenhange. Ist es z. B. billig und recht, daß Hr. A., der jährlich 30 Thaler an direkten Steuern bezahlt, bloß deshalb, weil er in einem sehr wohlhabenden Landstriche wohnt, zur letzten Kategorie zählt, während er, wenn er in einem fast nur von ganz armen Menschen bewohnten Kreise lebte, vielleicht zur ersten Kategorie gehören würde? Doch auch diese Ausstellung wollen wir fallen lassen und das Gesetz, wie es einmal vorliegt, auf die einzelnen Wahlkreise anzuwenden versuchen; aber hier bieten sich uns sogleich Zweifel dar, indem die Ausführung auf verschiedene Weise statthaben kann, woraus ersichtlich ist, daß es dem Gesetze an der nöthigen Klarheit und Präcision mangelt. Fassen wir beispielsweise unsere Stadt Posen ins Auge und nehmen an, daß sie auf circa 42,000 Einwohner 160 bis 170 Wahlmänner zu wählen habe. Nun soll eine Liste sämmtlicher Urwähler mit Hinzufügung ihrer Steuerleistungen angelegt werden. Angenommen nun, daß Posen 8000 Urwähler enthalte und von diesen 150,000 Thlr. direkte Steuern gezahlt werden, so kommt auf jede der drei Kategorien ein Steuerquantum von 50,000 Thalern. Wir wollen weiter annehmen, daß die ersten 50,000 Thlr. von 500 höchst-besteuerten Urwählern, die zweiten 50,000 Thlr. von darauf folgenden 1500 Urwähler und die letzten 50,000 Thlr. somit von den 6000 niedrigst oder gar nicht besteuerten Urwählern Posens entrichtet würden. Da nun nach Vorschrift des Gesetzes in einem Wahlbezirke nicht mehr als sechs Wahlmänner gewählt werden dürfen, so würde Posen etwa 27 Wahlbezirke umfassen, in deren jedem sechs Wahlmänner, nämlich zwei von der ersten, zwei von der zweiten und zwei von der dritten Kategorie, gewählt werden sollen. Theilen wir nun das erste Steuerndrittel von 50,000 Rthlr. durch 500, als der Zahl der Höchstbesteuerten, so ergiebt sich, daß ein Urwähler 100 Rthlr. an direkten Steuern zahlen muß, um in die erste Kategorie der Wähler zu kommen; theilen wir die zweiten 50,000 Rthlr. durch 1500, so folgt, daß ein Urwähler der zweiten Kategorie $33\frac{1}{3}$ Rthlr. an Steuern zu entrichten hat; wer weniger zahlt, zählt zur dritten Kategorie. So weit ist alles einfach; nun aber kömmt die schwierige Frage: wie sollen die 27 einzelnen Wahlbezirke der Stadt abgegränzt werden? Das kann auf doppelte Weise geschehen, nämlich 1) nach lokalen und 2) nach ideellen Begrenzungen. Die erste Weise ist völlig unanwendbar, denn dadurch würde das Prinzip des Gesetzes ganz und gar umgestoßen werden. Nehmen wird z. B zwei Bezirke von Posen, etwa den Marktbezirk, wo unsere reichen Kaufleute 2c. wohnen, und als Gegensatz die Schrodka, die zum größten Theil nur von armen Handwerkern und Tagarbeitern bewohnt ist; dort wohnen vielleicht 30 Urwähler, die zur ersten Kategorie gehören, hier vielleicht nur 3; somit würden dort zwei Wahlmänner von 30, hier eben so viel von nur 3 Urwählern gewählt werden. Kann das der Sinn des Gesetzes sein? Unmöglich, denn es ist undenkbar, daß der Gesetzgeber die Bedeutung der Wählerschaft von dem zufälligen Umstande sollte abhängig gemacht haben, ob der Urwähler in dieser oder jener Straße wohnt! Und wie nun gar, wenn in einem Wahlbezirk kein Urwähler der ersten Kategorie, wie doch leicht denkbar, wohnt? Sechs Wahlmänner müssen, nach Maßgabe der Seelenzahl, in dem Bezirk gewählt werden; wer soll nun die zwei Wahlmänner der fehlenden ersten Kategorie wählen? Etwa die Urwähler der zweiten oder dritten Kategorie? Das wäre augenfällig gegen das Gesetz, und dadurch würden auch die Urwähler der gleichen Kategorien in den übrigen Stadtbezirken gegen diese in offenbaren Nachtheil kommen! Hieraus ist ersichtlich, daß das Gesetz in der angegebenen Weise nicht ausführbar ist, wenn nicht eine Menge von Ausnahmebestimmungen eintreten soll, wodurch der Sinn des Gesetzes völlig aufgehoben wird.

Es bleibt daher nichts übrig, als die einzelnen Wahlbezirke blos ideell abzugrenzen, d. h. in jeden Wahlbezirk Posens 18 oder 19 Wähler der ersten Kategorie, 55 oder 56 der zweiten, und 222 Urwähler der dritten Kategorie, ohne alle Rücksicht auf den Stadttheil, in welchem sie wohnen, aufzunehmen. Dann werden überall zwei Wahlmänner von 18 oder 19 Ur-Urwählern der ersten, eben so viel von 55 oder 56 der zweiten, und wiederum eben so viel von 222 Urwählern der dritten Kategorie gewählt. Hier tritt uns freilich noch die Schwierigkeit entgegen: nach welchem Princip die einzelnen Urwähler der verschiedenen Kategorieen unter die einzelnen Wahlbezirke vertheilt werden sollen. Der bloßen Willkühr der Ortsbehörde kann das nicht überlassen werden, denn dann würde letztere, je nachdem sie dieser oder jener Nationalität, dieser oder jener politischen Partei vorzugsweise zugethan ist, die Macht in Händen haben, den Deutschen oder den Polen, den Conservativen oder den Demokraten in den einzelnen Bezirken den Sieg zuzuwenden. Dieser Uebelstand, der um jeden Preis vermieden werden muß, kann nur dadurch beseitigt werden, daß die Vertheilung nach alphabetischer Ordnung erfolgt, d. h. so, daß mit dem Buchstaben A angefangen, die ersten 19 Urwähler der ersten Kategorie und die ersten 56 der zweiten Kategorie, mögen sie wohnen, wo sie wollen, in den ersten Wahlbezirk kommen u. s. w. Freilich würde hiernach die Möglichkeit eintreten können, daß Urwähler von der Wallischei oder Szrodka mit solchen von St. Martin oder St. Adalbert zusammen wählen; aber was schadet das? Es würde lediglich für diejenigen Unbequemlichkeiten mit sich führen, die gern agitiren und auf die Wahlen einen Einfluß äußern möchten.

Marktbericht. Posen, den 11. Juni.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 2 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf. bis 2 Rtlr. 15 Sgr. 7 Pf. Roggen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rtlr. 3 Sgr. 4 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Hafer 17 Sgr. 9 Pf. bis 20 Sgr. Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf. bis 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf. Erbsen 28 Sgr. 11 Pf. bis 1 Rtlr. 3 Sgr. 4 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Ctr. zu 110 Pfd. 17 Sgr. 6 Pf. bis 20 Sgr. Stroh das Schock zu 1200 Pfd. 4 Rthlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter ein Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf. bis 1 Rtlr. 12 Sgr. 6 Pf.

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Zur Beruhigung.

Einzelne Fälle von Brechruhr, welche seit dem letzten Umschlag der Luft-Temperatur in der hiesigen Stadt sich gezeigt haben und zum Theil tödtlich geworden sind, veranlaßten die Sanitätskommission, heute zusammen zu treten. Das Ergebniß der Berathung geht jedoch dahin, daß der Ausbruch einer Cholera-Epidemie hier noch nicht angenommen werden kann, daß es aber wohl rathsam ist, in der Diät und im übrigen Verhalten vorsichtig zu seyn, und beim Eintritt von Durchfall oder Erbrechen die Herbeischaffung ärztlicher Hülfe möglichst zu beschleunigen.

Posen, den 11. Juni 1849.

Die Sanitäts-Kommission.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgericht zu Posen.
Erste Abtheilung — für Civilsachen.
Posen, den 27. April 1849.

Das der Anna Eugenie v. Ćwiklińska, verehlichten Gutsbesitzer Anton Gustav gehörige, in Posen St. Martin Nro. 290. belegene Grundstück, abgeschätzt auf 19,627 Rthlr. 8 Sgr. 2 Pf., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 31. Dezember 1849, Vor- und Nachmittags,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

1) Der Gutspächter Anton v. Ćwikliński und dessen Ehegattin Johanna Arsenne, geb. Bragbien,
2) der Kaufmann Moses Meyer Bredig
3) der Partikulier Severin v. Raczyński, modo dessen Erben,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Großherzogthum Posen im Bromberger Regierungsbezirk und dessen Wongrowiecer Kreise belegene adelige Gut Schokken, landschaftlich abgeschätzt auf 122,989 Rthlr. 7 Sgr. 11 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 16ten Januar 1850 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger:

1) die Vincentia geb. v. Swinarska, und deren Ehemann Claudius von Szczaniecki,
2) die Johanna verwittwete Blum geborne Löwissohn,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Wongrowiec, den 16. Mai 1849.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Mittelst Verfügung vom 5. Mai d. J. ist zur Verpachtung des Vorwerks Schocken ein Termin auf den 15. Juni c. anberaumt, derselbe aber aufgehoben und zu demselben Zwecke ein Termin auf den 26. d. M. um 4 Uhr Nachmittags anberaumt worden. Die deutsche Posener Zeitung hat dennoch beide Termine bekannt gemacht. Um Irrungen vorzubeugen, erklären wir, daß das Vorwerk Schocken nicht im Termine den 15., sondern den 26. d. M. Nachmittags 4 Uhr zur Verpachtung gestellt wird.

Posen, den 8. Juni 1849.

Provinzial-Landschafts-Direktion.

Woll-Auction.

Mittwoch, den 13. Juni Nachmittags 4 Uhr, wird Unterzeichneter im Auftrage des Landschafts-Raths Hrn. v. Brudzewski, auf dem alten Markt vor der Mittlerschen Buchhandlung 12 Ctr. 68 Pfd. gute Wolle gegen gleich baare Zahlung in Preuß. Cour. öffentlich versteigern.

Anschütz,
Hauptmann a. D. und Königl. Auct.-Comm.

Pferde- und Wagen-Auktion.

Mittwoch den 13. Juni, Vormittags von 10 Uhr ab, sollen auf dem Wilhelmsplatz beim Theater zwei große Kutschpferde, welche sich auch zum Reiten eignen, Fuchsstuten, 5 Jahre alt, ohne Abzeichen, von edler Raçe, nebst einem Kutschwagen auf Druckfedern, so wie den dazu nöthigen Reisekoffern mit Vorderverdeck auf eisernen Achsen, messingenen Buchsen öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschütz.

Auktion von Schlachtvieh

Donnerstag den 14ten Juni Vormittags von 10 Uhr ab sollen auf dem hiesigen Kämmereiplatz 4 gemästete Ochsen und 1 Kuh öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschütz.

Zur gütigen Beachtung für Fußleidende.

Zufolge der mir von einem Hohen Königlichen Ministerio des Innern und der Medicinal-Angelegenheiten zu Berlin gewordenen Concession zur Ausübung meiner Kunst im ganzen Königreiche, zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich mich hier einige Wochen aufzuhalten gedenke, um vermittelst meines selbstverfertigten Pflasters

Hühneraugen, Warzen, Frostballen, eingewachsene Nägel u. s. w.

ohne schneidende Instrumente schmerzlos zu vertilgen. Nachstehende Zeugnisse, ausgestellt von den bewährtesten Aerzten Deutschlands, entheben mich aller Anpreisungen, sichern mir das Vertrauen und sprechen sich über mein Pflaster, so wie über meine Methode, Fußübel zu beseitigen, zur Genüge aus. Ich schneide nicht, wie dies bei Hühneraugen-Operateurs der Fall ist, sondern ziehe mit einer Pincette, wenn zuvor mein Pflaster, welches keine Empfindung verursacht, das Uebel erweicht, tödtet und sofort den Schmerz stillt, 7—8 Tage auf der leidenden Stelle gelegen hat, die Häute, sammt dem Dorn bis zum gesunden Fleisch, schmerzlos herunter; diejenigen resp. Personen, welche beabsichtigen, sich der Pflaster zu bedienen, ersuche ich, an dem Uebel zuvor nicht zu schneiden. Bei Hühneraugen auf den Zehen, erfrorenen Gliedern und Frostballen kann jeder nach Befolgung der, bei dem Pflaster befindlichen Anweisung sich selbst davon befreien, und ist dasselbe zu jeder Tageszeit in meiner unten näher bezeichneten Wohnung um den Preis: 6 Pflaster 10 Sgr., ein Töpfchen mit 15 Pflastern, womit eben so viel Uebel beseitigt werden können, um 15 Sgr. zu erhalten; befinden sich die Hühneraugen aber auf dem Ballen, zwischen den Zehen oder unter der Fußsohle, empfehle ich meine persönliche Hülfe, und ist das Honorar in der Wohnung des Patienten für den zweimaligen Besuch, des Auflegens und Beseitigens einschließlich des Pflasters, à Hühnerauge 10 Sgr., in meiner Wohnung 7½ Sgr. Gleichzeitig bemerke ich, daß das Honorar für Operationen erst dann zu erfolgen braucht, wenn sich die definitive Beseitigung des Uebels constatirt. Wahrhaft Bedürftige erhalten die Pflaster und jede Behandlung bei Vorzeigung eines Armenscheins unentgeldlich. Von 2 Uhr an bin ich jeden Nachmittag in meiner Wohnung zu sprechen, wo alsdann Jedermann unentgeldlich meinen Rath und Erfahrung beanspruchen kann, und wo auch Adressen zur persönlichen Behandlung entgegengenommen werden von

Marianne Grimmert,

Königl. Preuß., Bairisch und Sächsisch concessionirte, so wie Großherzoglich Hessische Hühneraugen-Operatrice. Wohnhaft: Am alten Markt No. 65., im Hause des Herrn Kantorowicz, 2 Treppen hoch.

Posen, am 12. Juni 1849.

* * *

Aerztliche Zeugnisse.

Die Frau Marianne Grimmert hat unter meinen Augen mit Leichdornen Behaftete behandelt. Ich habe dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß mit dem von ihr angewendeten Hühneraugen-Pflaster Leichdornen und Schwielen auf eine völlig schmerzlose und sichere Weise in kurzer Zeit entfernt werden.

Berlin, den 25. März 1849.

Dr. B. Langenbeck, Prof. der Chirurg. u. Direct. des Königl. clin. Instit. für Chir. u. Augenheilkunde.

Auf ihr Verlangen bezeuge ich hierdurch der Mad. Grimmert, welche durch ein Pflaster die Hühneraugen vertilgt, daß sie in meiner Praxis mehreren Personen die wesentlichsten Dienste geleistet, so wie, daß sie ohne alle anderen Mittel, als das Pflaster, die Hühneraugen ohne Rückbleibsel vertilgt und daß unter den zu diesem Zweck gerühmten Pflastern mir keines bekannt ist, welches so sicher und ohne allen Schmerz den Zweck so vollkommen erfüllt.

Berlin, den 4. Januar 1848.

Natorp,
Königl. Stadtphysikus und Geh. Sanitätsrath.

Daß Frau Marianne Grimmert Hühneraugen und Schwielen eben so geschickt als sicher entfernt, und zwar ohne zu schneiden und ohne den geringsten Schmerz zu erregen, nur allein mittelst Auflegens eines eigenthümlichen Pflasters und nachheriger unbedeutender unblutiger Operation, bezeuge ich hierdurch gern der Wahrheit gemäß.

Potsdam, den 11. April 1849.

Dr. Lau, Königl Hof-Medicus und Sanitätsrath.

Nach den Proben, die Madame Grimmert im hiesigen clinischen Lazareth abgelegt hat, bezeuge ich derselben hierdurch, daß sie die Warzen und Hühneraugen mittelst ihres Pflasters geschickt und schmerzlos entfernt.

Greifswald, den 28. Juni 1848.

Der Direktor der chirurg. Universitäts-Clinik, Professor **Dr. Baum.**

Daß die Frau Marianne Grimmert Hühneraugen mittelst eines durchaus unschädlichen Pflasters und ohne Schmerzen entfernt hat, bezeugt

Heidelberg, den 11. Dezember 1845.

Dr. Chelius, Geheimer Rath und Professor an der Universität zu Heidelberg.

Der Frau Marianne Grimmert wird hiermit bezeugt, daß dieselbe an einer Pfründnerin des Julius-Hospitals durch Anwendung einer Pflastermasse die Hühneraugen auf die einfachste und schmerzloseste Weise entfernt hat.

Würzburg, den 5. Juli 1844.

Dr. Textor, Professor an der Universität zu Würzburg.

Der Unterzeichnete bezeugt mit Vergnügen, daß Madame Grimmert aus Berlin Schwielen, Hühneraugen u. dgl in kurzer Zeit ohne Schmerzen und ohne unangenehme Nachwehen vollkommen geheilt hat.

München, den 27. März 1847.

Dr. v. Ringseis, Köngl. bair. Geh.-Rath an der Universität zu München.

Die Direktion des Krankenhospitals in Freiburg (großherz. acad. chirurg. Clinik) bezeugt der Madame Grimmert, daß dieselbe in der Anstalt eine größere Anzahl Hühneraugen, ohne Schmerz und Entzündung zu erregen, mit Hülfe eines Pflasters entfernt hat.

Freiburg im Breisgau, den 28. Sept. 1845.

Stromeyer, Professor an der Universität zu Freiburg im Breisgau.

Ich bezeuge der Wahrheit gemäß, daß Madame Grimmert mir und unter meinen Augen mehreren andern Personen Leichdorne, Schwielen und ähnliche Verhärtungen der Haut in kurzer Frist und ohne allen Schmerz beseitigt hat, und daß die Pflaster, deren sie sich zu diesem Zwecke bedient, keine Substanzen enthalten, welche ihren Gebrauch irgend bedenklich machen könnten.

Göttingen, den 16. März 1846.

Dr. Fuchs, Hofrath und Professor an der Universität zu Göttingen.

Einem hiesigen und auswärtigen Publikum empfehle ich bei soliden Preisen und reeller Bedienung Bergstraße Nr. 4.
mein mit den neuesten Sachen ausgestattetes

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.

Auch ist ein, in meiner Werkstätte als Meisterstück angefertigter Mahagoni-Schreib-Sekretär zum Verkauf daselbst aufgestellt.

C. Meisch,
vormals Theilnehmer bei dem Möbel-Magazin der vereinigten Tischlermeister.

Höchst wichtige neue Erfindungen für Essigfabrikanten.

Die Vortheile meiner neuen Erfindungen, nach welchen man den stärksten Wein-Essigsprit um den dritten Theil stärker und von einem schönern weinsauren Geschmack gewinnt als es bis jetzt möglich war, wobei eine bedeutende Vereinfachung des Betriebes, Ersparung des Arbeitslohns, so wie der lästigen mehrmaligen Aufgüsse beim täglichen Betriebe und die gleichmäßigste Vertheilung des Essigguts geschieht, sind durch mehrere öffentliche Blätter wohl so hinreichend bekannt, als daß ich mich nicht aller weitern Erörterungen enthalten könnte. — Ich habe daher, um meine Erfindungen mehr noch gemeinnütziger zu machen, den Preis der gedruckten vollständigen Anweisung meiner ganz umgearbeiteten und durch neue Entdeckungen vervollkommneten Auflage jetzt nur auf 2 Thlr. Pr. Cour. gestellt, wofür dieselbe gegen portofreie Einsendung (vorbehaltlich der Geheimhaltung) bei mir zu haben und durch jede Buchhandlung nur von mir zu beziehen ist.

Schultz in Berlin, Alexanderstr. No. 63.,
Königl. Preuß. approbirter Apotheker, Chemiker und praktischer Essigfabrikant.

Eine verdeckte Britsche auf Druckfedern mit eisernen Achsen, ein Paar Pferdegeschirr mit Neusilber-Beschlag und ein Paar Fliegennetze sind billig zu verkaufen Halbdorfstraße No. 34.

Das Etablissement **Mullakshausen** an der Breslauer Chaussee ist von Michaeli c. im Ganzen oder auch getheilt zu verpachten. Das Nähere an Ort und Stelle.

In Owinsk bei Posen ist eine freundliche Wohnung, bestehend aus 3 geräumigen Stuben, Küche, Speisekammer und Keller nebst Gärtchen, an eine anständige Familie billig zu vermiethen. Das Nähere darüber auf der Kasse in Owinsk oder in Annaberg zu erfragen.

Markt No. 82. sind mehrere kleine Wohnungen und Schloßstraße No. 83. eine Bel-Etage, bestehend aus 6 Zimmern und Küche, vom 1sten Juli c. an billig zu vermiethen. D. Goldberg.

Wohnung zu vermiethen.

Im Umbachschen Hause, Bergstr. Nr. 106/5, ist die Bel-Etage, neu restaurirt, sofort zu vermiethen.

Anschütz.

Gerber- und Büttelstraßen-Ecke No. 12. ist eine Stube in der Bel-Etage nach vorn heraus sofort oder vom 1. Juli c. zu vermiethen.

Lotterie.

Loose zur I. Klasse der nächsten 100sten Lotterie sind bereits ausgefertigt und vorräthig bei dem Ober-Einnehmer Bielefeld.

Saamen-Offerte.

Rother Klee, weißer Klee, Luzerne, Spörgel, Sommer-Rübsen, Rigaer Leinsaat, alle Sorten Grassaamen, Alles 1848er Erndte sind zu haben bei

Gebrüder Auerbach, Breslauer-Str.

J. Bork's

neu etablirte Handlung, Hut- und Mützen-Niederlage im Hause des Kaufmann Herrn Scholtz, Markt No. 92., empfiehlt in großer Auswahl Herren-Hüte und Mützen in neuester Façon, so wie die geschmackvollsten Sonnenschirme und Marquisen zu billigen Preisen.

So eben angekommen

Marquisen, Sonnenschirme und Pariser Herren-Hüte werden zu auffallend billigen Preisen verkauft in der ganz neuen Galanterie-Handlung von A. Pakscher, alten Markt, Ecke der Brodbänke, vis-à-vis der Wronkerstraße.

Neue

Flügel-Pianoforte's

von neuester eleganter Bauart und angenehm kräftigem Ton, empfiehlt unter ausgedehntester Garantie und soliden Preisen der Instrumenten-Fabrikant

H. Droste,
Posen, Gerberstraße No. 28.,
dem Dominikanerkloster gegenüber.

Ebendaselbst steht ein schon gebrauchter Flügel-Piano, gut im Stande, billig zum Verkauf.

Die rühmlichst bekannte

Aecht englische Universal-Glanz-Wichse

von G. Fleetword in London

in Büchsen zu 5 und 2½ Sgr., welche ohne Mühe den schönsten Glanz im tiefsten Schwarz hervorbringt und laut den in meinen Händen befindlichen Attesten der berühmtesten Chemiker, dem Leder durchaus unschädlich ist, es vielmehr weich und geschmeidig erhält, ist fortwährend nebst Gebrauchszettel in Commission zu bekommen bei Herrn **G. Bielefeld** in Posen.

Eduard Oeser in Leipzig,
Haupt-Commissionair des Herrn Fleetword in London.

Aechten **Limburger Sahnkäse** offerirt
Gustav Bielefeld,
Markt No. 87.

Einen neuen Transport

Bremer Cigarren

empfing und offerirt billigst

Gustav Mewes,
Breslauerstraße Nro. 4.

Beste neue Matjes-Heringe (à 1½ Sgr. pr. Stück, besten frischen Porter und grüne Pomeranzen (à 10 Sgr. pr. Dutzend) offerirt
Michaelis Peiser, Breslauerstraße No. 7.

Caoutchouc- oder Gummi-elasticum-Auflösung,

in Büchsen nebst Gebrauchszettel, womit man alles Lederwerk wasserdicht macht, so daß keine Näße eindringen kann und der Fuß immer trokken bleibt, auch dem Leder vortheilhaft ist, bekommt man stets bei Herrn G. Bielefeld in Posen. Eduard Oeser in Leipzig.

Gestern Nachmittag ist auf dem Wege von der Königl. Bank-Commandite nach der Büttelstraße

1 Lombard-Pfandschein Nro. 657. de dato den 13ten September 1848, von der hiesigen Königl. Bank-Commandite auf M. S. Wollenberg ausgestellt,

verloren gegangen.

Der Finder, für den derselbe ohnehin werthlos ist, erhält dagegen Büttelstraße No. 23. in der Lederhandlung eine angemessene Belohnung.

Posen, den 12. Juni 1849.

Am Sonntage den 10ten d. M. ist im Eichwalde ein blauer Sonnenschirm abhanden gekommen. Um gefällige Rückgabe desselben wird ergebenst ersucht, Berlinerstraße No. 15a. 2 Tr. hoch.